

Leitfragen für das Eröffnungsplenum

„Die Weltwirtschaftskrise ist die Krise des Marktradikalismus“

- 1. Was sind die Ursachen der aktuellen Krise?**
- 2. Welche Entscheidungen von Politik und Wirtschaft haben die Krise befördert?**
- 3. Wer zahlt die „Zeche“ in der aktuellen Krise und welche Auswirkungen hat die Krise auf die Lohnabhängigen in aller Welt?**
- 4. Ist die Finanzkrise das Ende des Finanzmarktkapitalismus?**
- 5. Ist die Finanzkrise das Ende des Neoliberalismus?**
- 6. Welche Leitbilder in Politik und Wirtschaft sind überholt?**
- 7. In welchem Verhältnis steht die Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft?**
- 8. Welche Folgen hat die Krise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie in aller Welt, wenn nicht radikal umgesteuert wird?**
- 9. Bezahlen die Verursacher der Krise auch ihre Bewältigung (Boni etc.) oder zahlen ausschließlich die Beschäftigten sowie die ärmsten Staaten der Welt?**
- 10. Was hat der „Casinokapitalismus“ mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemacht (Stichwort psychologische Belastungen)?**

1. Was sind die Ursachen der aktuellen Krise?

Heiner Flassbeck:

Spekulation auf vielen Märkten mit zu viel geliehenem Geld

Claudia Kemfert:

In erster Linie hat die Immobilien- und Bankenkrise die Wirtschaftskrise ausgelöst. Ein weiterer Faktor, der unerwähnt bleibt, ist auch der hohe Ölpreis bis Mitte des Jahres 2008. Die Wirtschaftskrise wurde ausgelöst durch zu wenig Regulierung im Finanzsektor. Gier und Maßlosigkeit führten zu unkontrollierten Entwicklungen und die Politik hat zu lange tatenlos zugeschaut.

2. Welche Entscheidungen von Politik und Wirtschaft haben die Krise befördert?

Heiner Flassbeck:

Die vollkommene Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die Verherrlichung der Finanzwelt

Claudia Kemfert:

Viele Sofortmaßnahmen, wie die Rettung der Banken, waren hilfreich, da sonst das gesamte System kollabiert wäre. Wichtig ist nun allerdings, man Lehren aus der Misere zieht und das Finanzsystem stärker reguliert und kontrolliert. Konjunkturprogramme sind nur begrenzt wirkungsvoll, da sie meistens nur kurzfristige Strohfeuer effekte auslösen und nicht ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen. Wenn schon Gelder bereitgestellt werden, sollten sie für die richtigen Bereiche eingesetzt werden: die energetische Sanierung von Gebäuden, für innovative Klimaschutztechniken oder nachhaltige Mobilität. Die Abwrackprämie ist ökonomischer Unsinn, denn der Branche hilft es keinesfalls weiter, sie muss sich gesund schrumpfen, da es zu viele Überkapazitäten gibt, dann muss sie auf innovative Antriebstechniken umstellen. Das Geld sollte demnach anstelle in die Abwrackprämie lieber in die Unterstützung von neuen Techniken gesteckt werden.

3. Wer zahlt die „Zeche“ in der aktuellen Krise und welche Auswirkungen hat die Krise auf die Lohnabhängigen in aller Welt?

Heiner Flassbeck:

Zahlen tun wie immer die Kleinen

Claudia Kemfert:

Der Wirtschaft insgesamt geht es schlecht, somit wird sich auch die Arbeitslosigkeit erhöhen.

4. Ist die Finanzkrise das Ende des Finanzmarktkapitalismus?

Heiner Flassbeck:

Es wäre zu hoffen, es sieht aber nicht danach aus, unsere Politiker verweigern sich einer klaren Diagnose der Krise

Claudia Kemfert:

Die Finanzmärkte werden sich verändern, und das ist ja auch gut so. Der Kapitalismus ist nicht überholt, die soziale Marktwirtschaft hat und wird auch weiterhin Wohlstand hervorbringen.

5. Ist die Finanzkrise das Ende des Neoliberalismus?

Heiner Flassbeck:

Nein, siehe oben

Claudia Kemfert:

So viel Staat wie nötig, so viel Markt wie nötig, das ist entscheidend. Die soziale Marktwirtschaft hat viele Vorteile und wird in der Welt auch weiterhin das dominante Marktsystem sein. Wir UmweltökonomInnen wissen schon immer, dass der Markt nicht alles von allein regelt: steigt der Ölpreis, leidet die Volkswirtschaft und das Energiesystem kann nicht mal eben schnell komplett verändert werden. Infrastrukturaufbau, neue Kraftwerke planen, bauen und ans Netz bringen, all das dauert 10-15 Jahre. Der Staat muss da eingreifen, wo der Markt versagt. Ein Gutes hat die Finanzkrise: mit dieser Empfehlung standen wir Volkswirte oft allein, mittlerweile sehen es fast alle als Notwendigkeit an.

6. Welche Leitbilder in Politik und Wirtschaft sind überholt?

Heiner Flassbeck:

Der Führungsanspruch der Finanzmärkte

Claudia Kemfert:

Umgekehrt: die soziale Marktwirtschaft hat viele Vorteile und immer mehr Länder in der Welt nutzen das System. Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass der reine Kapitalismus schädlich sein kann.

7. In welchem Verhältnis steht die Finanzwirtschaft zur Realwirtschaft?

Heiner Flassbeck:

Finanzwirtschaft sollte dienen, tut sie aber nicht, weil zu viele dazu neigen, das schnelle Geld zu vergöttern

Claudia Kemfert:

Durch Spekulationen wie in einem Casino werden die realen Marktgeschehen außer Acht gelassen. Es wäre notwendig, dass derartige Effekte künftig ausgeschlossen werden.

8. Welche Folgen hat die Krise für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie in aller Welt, wenn nicht radikal umgesteuert wird?

Heiner Flassbeck:

Demokratie und Marktwirtschaft verlieren ihren Glanz zusammen

Claudia Kemfert:

Die Krise hat viele Länder zusammen geschweisst und viele Regierungen haben richtig gehandelt. Durch die Globalisierung müssen die Länder immer besser zusammen arbeiten und nicht gegeneinander. Die nächsten kommenden Herausforderungen werden die Kämpfe um immer weiter schrumpfende Ressourcen, in erster Linie fossile Energie wie Öl und Gas sowie der Klimawandel, der in den einzelnen Ländern sehr unterschiedliche Effekte verursacht.

9. Bezahlen die Verursacher der Krise auch ihre Bewältigung (Boni etc.) oder zahlen ausschließlich die Beschäftigten sowie die ärmsten Staaten der Welt?

Heiner Flassbeck:

Nein, sie bezahlen sicher etwas, aber sie stehen schon in den Startlöchern, die alten Spiele weiterzuspielen, sobald der Staat die Bilanzen gesäubert hat

Claudia Kemfert:

Alle müssen zahlen, die Verursacher und die Industriestaaten, die sich über alle Maßen verschulden und sicherlich die ärmeren Länder, die indirekt von den Auswirkungen negativ belastet werden

10. Was hat der „Casinokapitalismus“ mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gemacht (Stichwort psychologische Belastungen)?

Claudia Kemfert:

Ich glaube, dass sich viele Menschen nicht zu sehr verunsichern lassen von den vielen negativen Meldungen, sondern verstehen, dass die sich die Welt weiter bewegt und wir nicht in Depression verfallen dürfen. Sicherlich gibt es eine berechtigte Wut auf Gier und Maßlosigkeit Einzelner. Doch es gibt auch gute Nachrichten: wir müssen die Krise als Chance begreifen, dass es nicht so weitergehen darf wie zuvor und dass wir viele Herausforderungen bewältigen und uns rechtzeitig vorbereiten müssen auf Ressourcenknappheit und Klimawandel. Denn eines haben wir gelernt: der Markt regelt nicht automatisch alles. Wir müssen die Krise als Chance begreifen: Klimaschutz ist der Weg aus der Krise. Die Investitionen müssen in die richtigen Bereiche fließen, die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen.